

"Mehr Einkommen muss nicht mehr Glück heißen"

Interview | Günther Strobl
25. Mai 2014

Permanentes Wachstum ist für die Sozialökologin Marina Fischer-Kowalski etwas, das man sich in Europa abschminken muss

Standard: Europa und die USA driften wirtschaftlich auseinander. Teilen Sie diesen Befund?

Fischer-Kowalski: Ich würde das Wachstum in Amerika nicht überschätzen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen wächst da wie dort nicht. In den USA werden aber mehr Kinder geboren, auch die Einwanderungspolitik ist viel liberaler als in Europa - das erhöht die Gesamtnachfrage.

Standard: Wirtschaft ankurbeln ist das Mantra der Politik. Zu Recht?

Fischer-Kowalski: Wir arbeiten mit führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten in einem EU-Projekt zusammen, bei dem es um Wohlfahrt, Reichtum und Arbeit geht (*engl. Welfare, Wealth and Work for Europe; WWW for Europe*). Grundtenor: Wir brauchen etwas Neues, zurück zu dem, was war, geht nicht.

Standard: Ressourcenverbrauch ist ein ganz großes Thema.

Fischer-Kowalski: Es ist gelungen, Wachstum und Verbrauch dank technologischen Fortschritts und Effizienzgewinn zu entkoppeln.

Standard: Effizienz ist wichtig, weil Europa arm an Rohstoffen ist?

Fischer-Kowalski: Nicht nur. Rohstoffe werden seltener und auch teurer. Stichwort Erzminen: Der Metallgehalt je Tonne sinkt massiv, neue Minen mit hohem Metallgehalt werden keine gefunden. Schon vor der Krise 2008 sind die Rohstoffpreise gestiegen, mit der Krise haben sie nachgegeben. Viele haben gedacht, der Boom sei vorbei. So ist es aber nicht, die Preise steigen weiter.

Standard: Wie effizient kann man ohne Technologiesprünge werden?

Fischer-Kowalski: Effizienzgewinne allein drücken den Ressourcenverbrauch nicht. Es kommt anderes hinzu wie Sättigung. Weil die Zahl der Haushalte nicht mehr so stark steigt, werden weniger neue Möbel benötigt. Auch der Bedarf an neuen Straßen ist nicht mehr so

groß. Die Infrastruktur, die in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut wurde, ist nur noch zu erneuern und muss nicht neu errichtet werden. Das alles hilft Ressourcen sparen.

Standard: In Europa gab es in den Fünfziger-, Sechziger- und Siebzigerjahren ein starkes Wachstum ...

Fischer-Kowalski: ... und einen ebenso wahnsinnigen Ressourcenverbrauch. In den Nachkriegsjahrzehnten haben sich diese beiden Indikatoren nahezu parallel entwickelt. Ab den 1970er-Jahren gab es dann eine deutliche Entkoppelung: Der Ressourcenverbrauch stagnierte, während das Wirtschaftswachstum weiterging.

Standard: Jetzt befinden wir uns in einer Phase der Normalisierung?

Fischer-Kowalski: So ist es. Weder in Europa noch in Amerika sehe ich Anzeichen für ein Wachstum zwischen zwei und fünf Prozent.

Standard: Gibt die Statistik die Realität falsch wieder?

Fischer-Kowalski: Wenn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Maß für wirtschaftliche Aktivität genommen wird, ist die Information richtig; wird das BIP als Wohlfahrt oder Wohlstand interpretiert, täuschen die Zahlen. Vieles spricht dagegen, dass die Zunahme an monetärem Umsatz die Wohlfahrt erhöht. Ab einem bestimmten Punkt heißt zusätzliches Einkommen nicht mehr Glück.

Standard: Ist die Vorstellung permanenten Wachstums ein Fetisch?

Fischer-Kowalski: Ja, und ein gefährlicher noch dazu. Die Politik muss neue Visionen entwickeln. Wenn sie versagt, wird die Geringschätzung für die Politik größer.

Standard: Altersvorsorge, Gesundheitssystem, Beschäftigung hängen in unserem Gesellschaftssystem stark am Wachstum. Wieso?

Fischer-Kowalski: Weil wir uns darauf verlassen haben, die Verteilungsprobleme in der Gesellschaft durch Zuwächse zu mildern. Klar, die Verteilung zu ändern ist für die Politik viel schwieriger als die Verteilung von Zuwächsen. Wenn es aber nichts mehr zu verteilen gibt, muss man sich rechtzeitig etwas überlegen.

Standard: Zum Beispiel?

Fischer-Kowalski: Eine Umschichtung von Arbeits- auf Ressourcensteuern. So könnte der Ressourcenverbrauch bis 2050 auf die Hälfte gedrückt werden, wie wir das im Rahmen des Programms Europe 20-20-20 vorgeschlagen haben. Insbesondere zwei Maßnahmen könnten viel bringen.

Standard: Als da wären?

Fischer-Kowalski: Eine andere Form der Ernährung. Wir sollten wegkommen von zu viel tierischen Produkten. Mit mediterraner Kost ließe sich beispielsweise ein Drittel der Ressourcen einsparen, sowohl an fossiler Energie als auch an Land und Wasser. Und schlanker wären wir dann auch.

Standard: Wie soll das gehen bei steigendem Hunger nach Fleisch?

Fischer-Kowalski: Der Fleischkonsum geht in Europa schon wieder zurück. Die Großbauern sind eine starke Lobby, von dort sind heftige Widerstände zu erwarten.

Standard: Und das Zweite ...?

Fischer-Kowalski: ... ist der Baubereich. Die Bevölkerung in Europa schrumpft. Statt Neues zu bauen, sollte man den Fokus auf Ersatzbauten bzw. Renovierung richten. So könnte man dem Entstehen von Ruinen vorbeugen und mit einer verdichteten Lebensweise Material und Energie sparen.

Standard: In Europa gibt es die Tendenz, die Grenzen dichtzumachen. Welche Folgen hätte das?

Fischer-Kowalski: Die Bevölkerung würde noch stärker schrumpfen und wirtschaftlich **wäre es noch um eine Spur düsterer.**

Standard: Für die Altersvorsorge?

Fischer-Kowalski: Da bin ich nicht so pessimistisch. Es wird nie mitbedacht, dass die mittlere Bevölkerung auch die Kinder erhält und nicht nur die Belastung bis zum Tod zu tragen hat. Die Belastung nach unten nimmt aber ab, weil es weniger Kinder gibt. Ich glaube allerdings, dass wir Maßnahmen setzen müssen, um auch im fortgeschrittenen Alter noch mit Lust und Freude arbeiten zu können. Ich denke da an Modelle, wo ältere Arbeitnehmer von jüngeren, weniger qualifizierten begleitet werden, die dabei viel lernen. Ich finde das besser als eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit. (DER STANDARD, 26.5.2014)

Marina Fischer-Kowalski, geb. 1946 ist Gründerin und Leiterin des Instituts für Soziale Ökologie der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und Dozentin für Umweltsoziologie an der Universität Wien. Die Tochter des Politikers und Schriftstellers Ernst Fischer war Gastprofessorin u. a. in Australien (Griffith), Dänemark (Roskilde), USA (Yale) und Brasilien (Rio de Janeiro). Das Forschungsprojekt Welfare, Wealth and Work for Europe läuft noch bis 2016